

**Sie möchten inserieren?**

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden sie auf der letzten Seite im Impressum.



# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

## Eidgenössische Politik

EU-Rahmenvertrag: Konflikte sind vorprogrammiert von York-Peter Meyer

Seite 2

## Kanton Zürich

Bericht der kantonalen GPK ging fast unter von Bernhard im Oberdorf

Seite 3

## Aktuell

Noch mehr Geld für abgewiesene Asylbewerber? von Tobias Infortuna

Seite 5

## Winterthur

«Freie Stromwahl» ist in der Parlamentsmühle von Christian Hartmann

Seite 6

## Veranstaltungs-Tipp

Einreichung der Nachhaltigkeits-Initiative in Bern

Seite 8

GRENZSCHUTZ WIRD NUR DURCH SVP-INITIATIVE GEWÄHRLEISTET

## Zollgesetz: Keine Verstärkung des Grenzschutzes

In der Frühlingsession behandelte der Nationalrat das «Monstrum» Zollgesetz. Die Anliegen der Bürgerlichen kamen zwar durch. Die SVP scheiterte jedoch bei der Forderung nach Verstärkung des Grenzschutzes. Die angekündigte Grenzschutz-Volksinitiative wird deshalb immer wichtiger.



Nur durch die Sicherung der Grenzen lässt sich die Ordnung wiederherstellen.

Bild: Philipp Schmidli

SVP-Fraktionspräsident Thomas Aeschi wollte den Zweckartikel des Vollzugs-aufgabengesetzes verschärfen.

Dort ist lediglich von einem «Beitrag zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität und illegaler Migration» die Rede.

### Hunderttausende Illegale

«Jahr für Jahr werden mehr als 50 000 illegale Personen aufgegriffen», sagte Aeschi. Wenn 50 000 Personen durch Grenzwächter aufgegriffen werden, müsse man davon ausgehen, dass Hunderttausende in unser Land einreisen.

Vielleicht bleiben sie illegal in der Schweiz, gehen einer illegalen Arbeitstätigkeit als sogenannte Sans-Papiers nach, reisen vielleicht auch weiter nach Deutschland oder Frankreich, kommen vielleicht wieder illegal zurück. Und, und, und... Inzwischen hätten wir einen

Rechtsstand, der eher ein Unrechtsstand sei, bemerkte Aeschi. Es werde einfach akzeptiert, dass Personen illegal in die Schweiz einreisen und wieder ausreisen würden. «Alle zehn Minuten wird ein Illegaler durch die Grenzwa-che aufgegriffen», so der Zuger Nationalrat. Der ursprüngliche Entwurf des noch von Bundesrat Ueli Maurer erlassenen Gesetzes hatte eine Verschärfung des Zweckartikels vorgesehen. Angeblich auch auf Druck der Kantone wurde dann der Entwurf von der Kommission verwässert.

### Grenzschutz-Initiative wird kommen

Natürlich könne das Parlament den wichtigen Passus streichen. Aeschi versicherte aber Bundesrat und Nationalrat, dass die SVP mit Sicherheit mit der Grenzschutz-Initiative kommen und

**«Der Rat wollte aber partout keine Hand bieten, um den Grenzschutz im Zollgesetz zu verstärken.»**

mithilfe der Mehrheit des Volkes und der Stände sicherstellen werde, dass die Grenzen in der Schweiz endlich wieder sicher werden.

Aeschi erwähnte ein neues Beispiel von illegaler Einwanderung. In der Stadt Solothurn wurde ein Salon bekannt, der Maniküre und andere Gesundheitsdienstleistungen anbot. Dort haben Vietnamesen ohne Aufenthaltsgenehmigung gearbeitet. Die Vietnamesen waren mutmasslich illegal in die Schweiz eingereist und waren dann plötzlich weg. Vielleicht arbeiten die gleichen Vietnamesen jetzt irgendwo in einem Vorort von Mailand oder in der Grossstadt Ber-

lin, um dann, wenn sie dort gefunden werden, wieder weiterzuziehen.

Aeschi wollte vergeblich den folgenden Passus ins Gesetz einführen: «Die Schweiz führt systematische Kontrollen an den Landesgrenzen durch.» Er hat Recht. Es kann nicht sein, dass wir eine Grenzwa-che mit mehreren tausend Personen unterhalten und trotzdem kommen immer noch jährlich Hundert-tausende von Illegalen in die Schweiz!

### Wiederherstellung der Ordnung

Die Zahl der durch illegale und abge-wiesene Asylbewerber begangenen Krimi-nalfälle ist in den letzten Jahren massiv hochgeschwollen. Wenn man durch einen beliebigen Hauptbahnhof in der Schweiz geht, sei es Zürich, Bern, Basel, Genf oder Lausanne, dann sieht man, dass die Zahl der sich illegal in der Schweiz aufhaltenden Jugendlichen stark zugenommen hat. Zunehmend wird an diesen Bahnhöfen auch für einige Tage übernachtet, bevor man dann viel-leicht weiterzieht oder in der Schweiz bleibt. Nationalrat Aeschi forderte sehr bestimmt: «Hier gilt es, wieder Ordnung zu schaffen im Rechtsstaat Schweiz.» Der Rat wollte aber partout keine Hand bieten, um den Grenzschutz im Zollge-setz zu verstärken. Das Gesetz wurde schliesslich mit 120 gegen 62 Stimmen angenommen. Und dies gegen den Wil-len der Ratslinken. Diese wollte mit zahl-reichen Anträgen die Kompetenzen des Bundesamts für Zoll und Grenzsicher-heit (BAZG) einschränken.



Reinhard Wegelin  
Alt Parteisekretär  
Pfäffikon ZH

# JA

## ZUR SCHWEIZER NEUTRALITÄT

# Zustande gekommen!

### DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE

- Freiheit und Selbstbestimmung sichern
- Sicherheit, Frieden und Wohlstand bewahren
- Gute bilaterale Beziehungen zu allen Staaten pflegen

[neutralitaet-ja.ch](http://neutralitaet-ja.ch)





Christoph  
Mörgeli

## Botschaften des Botschafters

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 erklärte der amerikanische Präsident George W. Bush, jeder müsse sich entscheiden: «Entweder Sie sind mit uns oder mit den Terroristen.» Die Linken in der Schweiz spuckten über Bush Gift und Galle. Jetzt erklärt Präsident Joe Biden zum Ukraine-Krieg, jeder müsse sich entscheiden: «Entweder Sie sind mit uns oder mit dem Aggressor Putin.» Und die schweizerische Linke jubelt Biden zu und findet die Amerikaner ganz toll.

Ein lautstarkes, wenn auch unberufenes Megafon für Bidens Botschaft ist hierzulande sein Botschafter Scott Miller. Der Schwulenaktivist wurde einzig dank Wahlspenden seines schwerreichen Ehemannes zugunsten der Demokraten mit dem Botschafterposten in Bern belohnt. Miller verurteilt unsere Neutralität und verlangt Waffenlieferungen an die Ukraine. Er fordert die Blockierung von 50 bis 100 Milliarden russischer Gelder und weiss: «Die Schweiz ist in der schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg.» Weil die Schweiz nicht Mitglied des US-beherrschten Militärpaktes ist, kommentierte Botschafter Miller: «Die Nato ist gewissermassen ein Donut – und die Schweiz das Loch in der Mitte.»

Auch bezüglich der schweizerischen Europapolitik weiss Botschafter Scott Miller ganz genau Bescheid. Gemäss «NZZ» sowie Augen- und Ohrenzeugen sagte er anlässlich einer parlamentarischen Einladung ins Bundeshaus: Die Schweiz solle gefälligst das Rahmenabkommen («Framework Agreement») mit der EU unterzeichnen. Denn dann gehe es den Schweizer Unternehmen besser. Das ist etwa so unverschämt, wie wenn der Schweizer Botschafter in Washington die USA auffordern würde, endlich die Grenze gegen Mexiko in den Griff zu bekommen. Statt für ein Freihandelsabkommen zwischen den blühenden Märkten der USA und der Schweiz zu werben, will uns Scott Miller also die Bleiplatten der serbelnden EU anhängen. Er glaubt, er müsse der Schweiz auf die Beine helfen, indem er ihr auf die Zehen tritt. Doch unsere Bundesräte und Parlamentarier schweigen. Sie bringen es fertig, sogar dann noch zu stolpern, wenn sie kriechen.

## RAHMENABKOMMEN 2.0: ANGRIFF AUF DIE SOUVERÄNITÄT DER KANTONE

### Wozu braucht es noch Kantone?

Grosskonzerne versprechen sich vom Rahmenabkommen 2.0 Vorteile, während KMU unter dem Verlust der Schweizer Standortvorteile leiden müssten. Die dynamische Rechtsübernahme ist nicht nur mit der direkten Demokratie unvereinbar, sondern auch mit der Souveränität der Kantone.



Christian Huber  
Alt Regierungsrat SVP  
Pfäffikon ZH

Auch Kritiker und Skeptiker des Rahmenabkommens müssen wohl einräumen, dass das «Common Understanding», wie es zwischen schweizerischen Diplomaten und der EU ausgehandelt wurde, unserer Wirtschaft gewisse Vorteile bringen könnte. Namentlich die Pharma- und die Maschinenindustrie versprechen sich durch die Teilhabe am Binnenmarkt der Europäischen Union Erleichterungen bei den bisherigen Handelshemmnissen.

#### Grosskonzerne können ausweichen, KMU werden benachteiligt

Die heutigen Standortvorteile der Schweiz, wie der liberale Arbeitsmarkt und die grössere unternehmerische Freiheit treten dabei für die Grosskonzerne in den Hintergrund. Sie können sich den von der Schweiz übernommenen und für sie nachteiligen Regelungen entziehen, indem sie die entsprechenden Unternehmensteile in andere Weltgegenden verlegen. Diese Entwicklung lässt sich zurzeit in Deutschland beobachten. Wie es sich für die KMU, welche die schweizerische Wirtschaft dominieren, verhält, ist offen. Zurzeit profitiert die Schweizer Wirtschaft von einem relativ freien Arbeitsmarkt, generell günstigen Rahmenbedingungen, einer vergleichsweise niedrigen Steuerbelastung und hoher Rechtssicherheit.

#### «Dynamische Rechtsübernahme»

Allerdings widerspiegelt das «Common Understanding» nur den Stand zum Zeit-

punkt des Inkrafttretens eines Rahmenabkommens, denn die Schweiz müsste zwei dicke Kröten schlucken. Die erste ist die sogenannte «dynamische Rechtsübernahme», im Originaltext «dynamic alignment». Das bedeutet, dass die Bestimmungen der in Ziffer 8 der im «Common Understanding» genannten Abkommen und EU-Rechtsakte, soweit ihre Anwendung EU-Rechtsbegriffe vo-

#### «Die heutige Souveränität der Kantone würde entscheidend eingeschränkt...»

raussetzt, im Einklang mit der vor und nach der Unterzeichnung dieser Abkommen ergangenen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) ausgelegt werden. Das heisst im Klartext, dass die Schweiz heute einen Blankocheck für die Übernahme noch nicht bekannter zukünftiger Änderungen des Rahmenabkommens mit der EU unter-

schreiben soll. Die zweite dicke Kröte ist die letztinstanzliche Rolle des EuGH, der für die Einhaltung des EU-Rechts zu sorgen hat.

Er ist neben der EU-Kommission der Treiber der Integration. Referenden in der Schweiz würden entgegen anderslautender Beteuerungen unbedeutend. Sollte die Schweiz anders abstimmen, als dies die Vorgabe der EU ist, kämen «Ausgleichsmassnahmen» zum Zug – eine euphemistische Bezeichnung für Strafmassnahmen.

#### Entmachtung der Kantone

Zur helvetischen DNA gehören Föderalismus, halbdirekte Demokratie, Steuerkonkurrenz und Subsidiarität. Die EU ist zentralistisch organisiert, die Schweiz funktioniert föderalistisch. In unserem Staatsverständnis spielen die Kantone eine entscheidende Rolle, wie es auch unser Zweikammersystem widerspiegelt. In diese DNA würde das Rahmenabkommen massiv eingreifen. Die heutige Souveränität der Kantone

würde entscheidend eingeschränkt, der Ständerat verlöre an Bedeutung. Nicht umsonst ist etwa bei Referenden über den Abschluss wichtiger Verträge auch das Ständemehr erforderlich. Es ist deshalb völlig unverständlich, dass die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) der Frage nach dem Erfordernis des Ständemehrs bei einer Abstimmung über das Rahmenabkommen ausweicht – bei der Abstimmung über die Hornkuh-Initiative hielt man es noch für erforderlich.

Denkt man allerdings den von Bern eingeschlagenen Weg weiter und geht ihn zu Ende, bräuhete die Schweiz keine Kantone mehr, weil diese nur noch eine untergeordnete Rolle spielen könnten beziehungsweise dürften.

Damit stellt sich aber die Frage, ob es die Kantone in ihrer heutigen Ausgestaltung überhaupt noch bräuhete oder ob man die Schweiz nicht zweckmässigerweise entsprechend den Sprachregionen in vier Verwaltungsbezirke aufteilen könnte. Es wäre nichts als folgerichtig.

Eine gekürzte Version erschien zuerst bei CH Media.



Rahmenabkommen 2.0: Ende der kantonalen Souveränität?

Bild: Wikipedia

## DEMOKRATIE UND RECHTSÜBERNAHME PASSEN NICHT ZUSAMMEN

### EU-Rahmenvertrag: Mehr oder weniger Konflikte mit der EU?

Das Hauptargument der Befürworter des EU-Pakets (Rahmenvertrag 2.0) ist, dass es die Beziehungen zur EU verbessern würde. Tatsächlich könnten sie jedoch noch schlechter werden. Dieser Artikel erklärt diesen scheinbaren Widerspruch.



York-Peter Meyer  
Finanzexperte  
SVP Küssnacht

Das neue Rahmenabkommen sieht vor, dass die Schweiz EU-Recht übernehmen muss. Die Rechtsübernahme ist Pflicht, aber sie geschieht nicht automatisch. Die Schweiz muss nach Inkrafttreten des Abkommens ihre Gesetze an EU-Recht anpassen. Dazu bleiben die bisherigen Mechanismen bestehen. Es sind also weiterhin Mehrheiten in Parlamenten und bei Volksabstimmungen erforderlich.

#### Rechtsübernahme obligatorisch, aber nicht immer realistisch

Es ist jedoch absehbar, dass diese Mehrheiten nicht immer und überall zustande kommen können, geht es doch auch um sehr heikle Themen. Unter anderem muss die Landwirtschaftspolitik gründlich umgestaltet werden. Die SBB wird das Schweizer Schienennetz für ausländische Konkurrenten öffnen müssen, obwohl dafür praktisch keine Kapazität verfügbar ist. Die Kantonalbanken werden die Staatsgarantie verlieren.

Diese Aufzählung lässt sich beliebig fortsetzen. Sie betrifft auch zukünftige Bestimmungen, die die EU noch gar nicht beschlossen hat. Dieser Mechanismus ist als dynamische Rechtsübernahme bekannt. Es wäre ein Wunder,

wenn Volk und Parlamente immer alle EU-Massnahmen genehmigen würden.

#### Konflikt, wenn keine Rechtsübernahme

Sobald eine EU-Vorschrift abgelehnt wird, beginnt natürlich ein Konflikt mit der EU. Gegner des Rahmenvertrages können diesen Konflikt nach Belieben anheizen, wenn sie durchsetzen, dass Bestimmungen nicht übernommen werden.

Für Konflikte ist ein kompliziertes Verfahren vorgesehen. Zuerst wird die Streitfrage einem gemischten Ausschuss Schweiz-EU vorgelegt. Wenn dort keine politische Einigung erzielt wird, dann wird ein Schiedsgericht einberufen. Für einen Fall zum EU-Recht gelangt dieses an den Europäischen Gerichtshof.

Das ist alles ziemlich kompliziert, aber nicht wirksam. Wenn das Stimmvolk in einem Referendum ein von der EU vorgeschriebenes Gesetz abgelehnt hat, gilt dieses Gesetz nun einmal nicht. Ausschuss, Schiedsgericht und EU-Gerichtshof hin oder her.

Es ist also absehbar, dass die EU dann Strafmassnahmen ergreifen wird oder sogar ergreifen muss, schadet es ihr doch sehr, wenn Mitgliedsländer sehen, dass die Schweiz sich offen weigern kann, ihre Bestimmungen zu übernehmen. Sie könnten ja anfangen, das nachzuzahlen.

#### Strafmassnahmen der EU

Es zeichnet sich ab, dass mit dem neuen Rahmenvertrag auch sogenannte «sachfremde Kompensationen» erlaubt wer-

den. Das würde der EU erlauben, Sanktionen in ganz anderen Bereichen als demjenigen des Konflikts zu ergreifen. Also beispielsweise Strafzölle auf Schweizer Exporte, falls die Schweiz die Personenfreizügigkeit nicht konsequent genug umgesetzt hat.

Je mehr Streit es gibt, desto schärfer dürften diese «Kompensationen» ausfallen. Die EU kann auch neues Recht festlegen, das das Ziel hat, einer ungehorsamen Schweiz zu schaden. Ungarn und Polen kennen das Problem. Diese beiden können beziehungsweise konnten sich allerdings dagegen wehren, indem sie Entscheidungsmechanismen innerhalb der EU blockiert haben. Das

wird die Schweiz als Nichtmitglied nicht können.

#### Rechtsübernahme ist mit direkter Demokratie nicht vereinbar

Es überrascht nicht, dass es in keinem Land der EU regelmässig Volksabstimmungen gibt. Schon gar nicht für die Übernahme von EU-Recht. Denn dann gäbe es immer wieder Fälle, wo ein Volk sich weigern würde, EU-Recht zu übernehmen. Schliesslich ist nicht jede EU-Bestimmung sinnvoll und im Interesse jedes Landes.

Auch mit der Schweiz sind Konflikte also vorprogrammiert. Die Verpflichtung zur Übernahme von EU-Recht und direkte Demokratie passen nicht zusammen. Die Schweiz wird sich entscheiden müssen.



Direkte Demokratie und Rechtsübernahme? Konflikte sind vorprogrammiert.

Bild: Adobe Stock



## BERICHT ZUR SITZUNG DES KANTONS RATES

## Medien bevorzugen gängige Themen

In den Medien beherrschen die Themen der häuslichen Gewalt und die Diskussion um die verunglückte Äusserung der Sicherheitsdirektorin Jaqueline Fehr die Spalten. Daneben ging der Bericht der kantonalen GPK fast unter, obschon er das dominante Thema hätte sein sollen.



**Bernhard im Oberdorf**  
Kantonratsrat SVP  
Zürich

Es war absehbar, dass gleich zu Beginn der Sitzung der Antrag von Links Erfolg hatte, das Traktandum für die «Einrichtung von Krisenzentren für Opfer sexueller Gewalt» nach vorne zu stellen. Es sollte die Sitzung beherrschen. Zuerst stand aber der Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) auf der Traktandenliste.

## Abraxas-Skandal mit Ansage

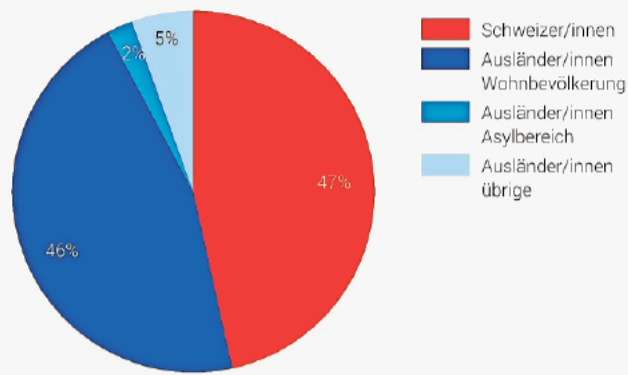
Dieser war durchaus brisant, ging es doch um den «Dauerbrenner», nämlich um die IT-Fachapplikation im Justizbereich. Der Redner der SVP, René Isler, sprach Klartext: «Was nun nach Jahren von Irrungen und Wirrungen seinen unrühmlichen Lauf genommen hatte, muss heute nüchtern als ein Scheitern mit Ansage betitelt werden.» So habe die GPK im Dezember 2023 weder erstaunt noch überraschend zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Abraxas – eine Anbieterin, an welcher der Kanton Zürich massgeblich mitbeteiligt ist – das Projekt «ELFA» abbricht und aussteigt, weil es nicht umsetzbar war.

Dies sei besonders bedenklich, weil ein früheres GPK-Mitglied aus den Reihen der GLP-Fraktion, das auch ein profunder Kenner der IT-Branche ist, verlauten liess, dass das Projekt, «so wie es aufgegleist sei, nie zum Laufen kommen könne». Für die GPK-Mitglieder sei es unerklärlich, dass der Regierungsrat und die federführende Justizdirektion trotz der bekannten Probleme so lange an diesem Informationsprojekt festgehalten habe, so René Isler.

Wie breit der Ärger fraktionsübergreifend geworden ist, zeigt auch das Votum von Josef Widler (Mitte), das noch deutlicher ausfällt:

«Die Geschichte der Fachapplikation Justizvollzug nimmt die Mitte nicht mit Erstaunen, sondern mit Kopfschütteln zur Kenntnis. Über Jahre hat die GPK das Vorgehen verfolgt und eine Abmahnung nach der anderen an den Regierungsrat geschickt. Wäre Abraxas nicht vom Vertrag zurückgetreten, wäre es wahrscheinlich im gleichen «Tramp» weitergegangen. Man ist mit geschlossenen Augen gegen die Wand gefahren.»

## Häusliche Gewalt: beschuldigte Personen nach Staatszugehörigkeit und Aufenthaltsstatus, 2021



Quelle: BFS – Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) © BFS 2022

Bei der häuslichen Gewalt sind ausländische Täter überproportional vertreten.

Bild: BFS

## Interview in der Kritik

Auch betreffend den 15-jährigen Tunesier, der in Zürich auf einen orthodoxen Juden eingestochen hat, gab es Differenzen. Besonders für Aufsehen sorgte die Aussage von Jaqueline Fehr (SP) in einem Interview: «... die Gemeinden sollten – statt Steuern zu senken – besser mehr in die Gewaltprävention investieren». Das sorgte für harsche Kritik im Kantonsrat: Die Justizdirektorin greife die Gemeinden zu Unrecht an. Sie musste sich entschuldigen.

Dissens gab es auch betreffend der Aussage der SP-Regierungsrätin, wonach der betreffende Jugendliche hier aufgewachsen sei. Es zeigte sich aber, dass er im Alter von acht Jahren mit seiner Mutter nach Tunesien reiste, wo er vier Jahre lang zur Schule ging. Unklar blieb, ob er dort radikalisiert worden ist.

## Sexuelle Gewalt – Diskussion im «erfüllten» Raum

Wenn Frauen – und seltener auch Männer – häuslicher Gewalt bis hin zu Vergewaltigungen ausgesetzt sind, droht eine belastende Prozedur. Deswegen sollen solche Opfer im Unispital und im Kantonsspital Winterthur umfassend betreut werden. Dies verlangte eine Motion von Silvia Rigoni (Grüne), die von allen Parteien ausser der SVP unterzeichnet wurde. Dem Geschäft kam nicht zuletzt dank einer langen Diskussion ein grosses mediales Echo zu.

Die Motion wurde auch überwiesen, obschon die FDP umschwenkte. Ihre Mitunterzeichnerin Angie Romero sah die Forderungen in der Zwischenzeit

als erfüllt. So sieht es auch die Gesundheitsdirektorin der SVP, Natalie Rickli: «Sie können die Motion überweisen, aber ich betrachte sie jetzt schon als erfüllt.»

Die SVP konterte diese Diskussion mit einer Fraktionserklärung, die von Ueli Bamert eingebracht wurde: «Auch bei der häuslichen Gewalt haben die linken Parteien Scheuklappen auf. Sie verschweigen, dass die Täter überwiegend Ausländer sind. Nur durch eine konsequente Zuwanderungspolitik können wir die Situation verbessern.» Dabei stützte sich die Erklärung auf die Statistik des Bundesamtes, gemäss der 53 Prozent der Beschuldigten in Fällen von häuslicher Gewalt keine Schweizer Bürger seien. Dies bei einem Ausländeranteil von rund einem Viertel. Punkto Gewalt haben wir ein Ausländerproblem.

Und Ueli Bamert differenzierte: «Damit wir uns recht verstehen: Die überwiegende Mehrheit der Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz sind anständige, gesetzestreue und hochgeschätzte Mitbürger. Und selbstverständlich sind auch nicht alle Schweizer reine Unschuldslämmer. Mit Ihrer ideologisch begründeten Weigerung – und ich richte mich jetzt ganz konkret an die linken Parteien in diesem Saal – die wahren Ursachen und die wahren Urheber der Gewaltproblematik beim Namen zu nennen, helfen Sie niemandem. Nein, Sie schaden eben gerade all diesen gut integrierten Ausländerinnen und Ausländern in unserem Land.»

Damit brachte er das Problem genau auf den Punkt.

## KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

## Einrichtung von Krisenzentren für Opfer sexueller Gewalt



**Susanna Lisibach**  
Kantonratsrätin SVP  
Winterthur

Die SVP-Fraktion teilte die Meinung des Regierungsrates, die Motion zur Errichtung von Krisenzentren für Opfer sexueller Gewalt abzulehnen. Die Schaffung zweier Krisenzentren im Kanton Zürich für Opfer sexueller Gewalt in den beiden Akutspitälern, dem Universitätsspital und dem Kantonsspital Winterthur, ist nicht nötig. Bereits heute werden Opfer sexueller Gewalt in allen 14 Spitälern mit Notfallstationen im Kanton Zürich medizinisch versorgt und betreut. Sie erhalten eine Erstversorgung, bei der auch die Spuren des Übergriffes gesichert werden. Des Weiteren wollte die Motionärin (Grüne), dass die beiden Krisenzentren rund um die Uhr gut erreichbar sein müssen. Die bestehenden Spitäler sind bereits 24 Stunden zugänglich.

Viel wichtiger ist es, dass die Beteiligten im Bereich der Strafverfolgung, des Gesundheitswesens und bei der Betreuung der Opfer zusammenarbeiten. Dies ist bereits unter anderem mit der Schaffung der Untersuchungsbox, welche vom Institut für Rechtsmedizin (IRM) entwickelt wurde, aufgegleist und auf gutem

Weg. Das IRM bietet auch besondere Lehrgänge für Fachpersonen an, wie zum Beispiel seit 2015 ein Certificate of Advanced Studies in Forensic Nursing. Dieser Studiengang vermittelt Pflegefachpersonen unter anderem Kenntnisse in der Untersuchung von Personen nach tätlichen Auseinandersetzungen und nach Straftaten gegen die sexuelle Integrität. Im Idealfall sind sie die ersten Ansprechpersonen für Opfer von Gewalt, dies zum Beispiel in der Notaufnahme eines Spitals. Mit anderen Worten, die Forensic Nurses, welche 24/7 erreichbar sind, gehen zum Opfer und nicht das Opfer muss sich auf den Weg in ein Krisenzentrum machen.

Bereits heute ist die Tatbestandsaufnahme mit der Polizei und dem IRM koordiniert. Damit der Druck auf das Opfer durch sofortiges Hinzuziehen der Polizei nicht zu gross wird, habe ich ein Postulat eingereicht, das Natalie Rickli, namens des Regierungsrates, entgegengenommen und sehr gut direktionenübergreifend umgesetzt hat. Dies fordert die Prüfung der Möglichkeit, dass auch ohne Zuzug der Polizei das Institut für Rechtsmedizin für die Spurensicherung beigezogen wird. So werden die Spuren durch Fachpersonen zeitnah und rechtsgenügend gesichert. Das Opfer hat so immer noch die Möglichkeit, zu einem späteren Zeitpunkt Anzeige zu erstatten. Mit diesem sogenannten Zürcher Modell braucht es keine Einrichtung von Krisenzentren.



Opfer von sexueller Gewalt werden bereits heute im Kanton Zürich sehr gut betreut.

Bild: Pixabay.com

## WORTE DER PRÄSIDENTIN DER SVP STADT ZÜRICH

## Klares Ja zur Bewilligungspflicht für Demonstrationen: Sicherheitsvorsteherin Rykart muss Verantwortung übernehmen

Fast jeden Tag wird in der Stadt Zürich demonstriert. Im Jahr 2021 gab es 360 Demonstrationen oder Protestaktionen. Ein Drittel davon war unbewilligt. Jetzt hat am 3. März die Bevölkerung im Kanton Zürich entschieden: Die Chaoten müssen die finanzielle Verantwortung für ihr Handeln übernehmen.

Die Bevölkerung nahm den Gegenvorschlag zur Anti-Chaoten-Initiative deutlich an. Sogar in der Stadt Zürich erhielt der Gegenvorschlag eine Zustimmung von 53,3 Prozent.

## Jetzt haften illegale Demonstranten

Mit der Annahme des Gegenvorschlags herrschen jetzt im Kanton Zürich klare Regeln: Für die Nutzung des öffentlichen Grunds für eine Demonstration oder Protestaktion braucht es eine Be-

willigung. Bei unbewilligten Demonstrationen müssen die Kosten für den verursachten Polizeieinsatz in Rechnung gestellt werden, sofern dieser vorwiegend verursacht wurde. Aber seien wir ehrlich: Wer eine unbewilligte Demonstration verantwortet, weiss, dass dies nicht ohne Polizeieinsatz geschehen wird.

## Stadt Zürich bewegt sich in die andere Richtung

In einem nächsten Schritt wird der verantwortlichen Kommission und dem Kantonsrat ein entsprechendes Gesetz vorgelegt. Gleichzeitig laufen in der Stadt Zürich gegensätzliche Prozesse. Die verantwortliche Sicherheitsdirektorin Karin Rykart hat in der Stadt Zürich der verantwortlichen Kommission einen Vorschlag unterbreitet, wie Demonstrationen in Zukunft keiner

Bewilligungspflicht, sondern einer reinen Meldepflicht unterliegen. Für die Stadtpolizei ein organisatorisches und sicherheitspolitisches Debakel. Jegliches Mitspracherecht wird der Stadtpolizei abgesprochen. Wie wichtig eine geordnete Organisation von öffentlichen Veranstaltungen ist, zeigte sich am letzten Freitag. Ein tragischer Unfall beim Central führte zu einem Verkehrskollaps. Die verantwortlichen Behörden waren vor Ort und nahmen die dringend benötigten Ermittlungen auf. Man stelle sich vor, an diesem Abend wäre es noch zu einer unbewilligten oder nur angemeldeten Demonstration gekommen. Eine fachliche Ermittlung des Vorfalls wäre nicht möglich gewesen. Im Gegenteil: Der Stadtpolizei wären die Hände gebunden, um die Demonstration zu verschieben. Im besten Fall würde nur eine Meldepflicht

herrschen, ohne strategische Mitsprache der Sicherheitsbehörde.

## Kantonale Gesetze gelten auch für die Stadt Zürich

Fairerweise muss an dieser Stelle gesagt werden: Eine linke Mehrheit im Stadtparlament erteilte Karin Rykart diesen Auftrag. Schliesslich stand der Beschluss der Bevölkerung des Kantons Zürich zu dieser Thematik noch aus. Die Kritik ist an einer anderen Stelle angebracht. Offensichtlich sahen sich die Linken in der Stadt Zürich wieder als Inselbewohner ausserhalb der Jurisdiktion des Kantons an. Richtig wäre am Abstimmungssonntag eine klare Kommunikation gewesen. Eine Meldepflicht kann nicht eingeführt werden. Die kantonale Bevölkerung und auch explizit die Stadtzürcher wollen mit der Zustimmung zum Ge-

genvorschlag eine Bewilligungspflicht. Es wäre jetzt an Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart, die Verantwortung zu übernehmen.

Meine Erfahrungen mit der Stadtzürcher Politik haben mich doch anderes gelehrt: Die linke Mehrheit im Stadtrat und im Gemeinderat wird eine reine Meldepflicht einführen. Und dass bis zum bitteren Ende, also bis das entsprechende kantonale Gesetz in Kraft tritt. Demokratiepolitisch wäre dies ein Skandal.



von  
**Camille Lothe**



NEUER BEZIRKSPRÄSIDENT IN WINTERTHUR

## Eine reibungslose Stabsübergabe



Der neue Bezirkspräsident, KR Urs Wegmann, erhält von seinem Vorgänger, KR Tobias Weidmann, Ovomaltine als Motivationspritze.

Bild: ZVG

«Ein Team braucht eine gute Führung», äusserte sich Nationalrat Martin Hübscher vor rund vierzig Delegierten im gut besuchten Saal des Restaurants Sagi in Bertschikon. Die Teilnehmer der ordentlichen Delegiertenversammlung der SVP Bezirk Winterthur richteten ihren Blick nicht nur auf das vergangene Wahljahr, sondern auch auf die an diesem Abend bevorstehende Neuwahl des Vorstandes und des Präsidiums.

### Vorstand funktioniert gut

Der bisherige Präsident, Kantonsrat Tobias Weidmann, wollte nach vier intensiven Jahren sein Amt weitergeben, da er am Ende des letzten Jahres das

Fraktionspräsidium im Kantonsrat übernahm. «Ich fühlte mich stets getragen vom Vorstand und konnte mich auf die Zusammenarbeit verlassen, wobei immer eine lockere Stimmung vorherrschte», resümierte er vor den Anwesenden. Zum Dank für die getane Arbeit überreichte ihm der Vorstand eine nachhaltige Einkaufstasche, die aus einer seiner Wahlkampfblachen von Ruth Peter in Handarbeit hergestellt wurde und deren Erlös zu hundert Prozent gespendet wird.

### Grossartige Vorarbeit

Dasselbe Geschenk erhielt auch sein Ratskollege und Nachfolger, KR Urs

Wegmann, nach seiner einstimmigen Wahl durch die Delegierten. «Ich habe gewaltigen Respekt vor den grossen Fussstapfen, die Tobias hinterlässt. Jedoch ist dies ein lässiger Bezirk und ich bin mir sicher, dass ich auf euch zählen kann», verkündete er bei seiner Antrittsrede. Tobias Weidmann überreichte ihm feierlich eine grosse Büchse Ovomaltine, getreu dem Motto «Man kann's nicht besser, aber länger».

Bis auf Meinrad Schwarz und Simon Sunke liess sich der gesamte Vorstand erneut zur Wahl aufstellen und die Anwesenden stimmten diesem Wahlvorschlagn einstimmig zu. Die 23-jährige Naemi Dimmeler verstärkt als Neuzugang den Vorstand des Bezirks, wobei sie sich bereits im Vorstand der Jungen SVP Winterthur engagiert. Zusammen mit Tim Kramer, Präsident der Jungen SVP Winterthur, setzen sich bereits zwei Mitglieder der Jungpartei aktiv für die Zusammenarbeit mit dem Bezirk ein, welche beispielsweise darin fruchtet, dass die Junge SVP fortan die Organisation des Standes an der Winti Mäss übernimmt. Nachdem auch das letzte Traktandum durchlaufen war, ging es bei gutbürgerlichen, kalten Fleischplatten, frischem Brot und Pommes Frites einmal mehr gemütlich zu und her. Die dadurch ermöglichten, angeregten sowie konstruktiven Gespräche zwischen Mitgliedern verschiedener Sektionen kommen wiederum dem Bezirk zugute und letztlich auch dem neuen Präsidenten Urs Wegmann.

Kevin Kübler, Redaktor SVP  
Bezirksvorstand Winterthur

GENERALVERSAMMLUNG DER SVP BUBIKON-WOLFHAUSEN

## Ortssektionen auf dem Prüfstand

Die SVP-Ortssektionen stehen vor grossen Herausforderungen, die sich nur mit Beharrlichkeit und konsequentem Handeln lösen lassen.

Wie schwierig es sein kann, eine Ortssektion (erfolgreich) zu führen, weiss wohl jeder Sektionspräsident und jede Sektionspräsidentin. Schwindende Mitgliederzahlen, mangelndes Interesse an organisierten Anlässen und ein überstrapaziertes Konto mit einem Kassier, welcher schier in Schnappatmung verfällt, wenn die üblichen Mitgliederbeitragsabgaben wieder bevorstehen.

### Voraussetzungen für Erfolg schaffen

Auch ich als Sektionspräsidentin musste diese «nackte Wahrheit» anlässlich der Generalversammlung der SVP Bubikon-Wolfhausen den anwesenden Mitgliedern präsentieren. Durch den konsequenten Eingriff bei wiederholt säumigen Zahlern sinkt die Mitgliederzahl der Ortssektion deutlich. Dafür zeichnet sich im Budget nun der dringend notwendige Gewinn ab. Stabile Finanzen sind unerlässlich, damit die Ortssektion ihre wichtigste Funktion richtig ausüben kann: mit guten Kandidaten einen ebenso starken Wahlkampf

fahren, um bei den kommunalen Wahlen in möglichst vielen Behördenämtern Einsitz nehmen zu können. Ein Ziel, welches sicherlich die meisten Ortssektionen anstreben und welches fundamental ist, damit die SVP auch bei den kantonalen Wahlen auftrumpfen kann.

### Auf Kurs bleiben

An der Kadertagung vom 16. März durfte ich von anderen Sektionspräsidenten und Sektionspräsidentinnen entnehmen, was ich zum Teil schon wusste oder zumindest befürchtete. Viele Ortssektionen sehen sich mit denselben Problemen konfrontiert. Eine wirksame Lösung hingegen ist kaum vorhanden. Und doch müssen wir uns bewusst sein, dass die Basisarbeit in den Sektionen das mit Abstand Wichtigste ist. Daher dürfen wir Sektionspräsidenten und Sektionspräsidentinnen nicht aufgeben und müssen auch bei widrigen Umständen unser Ziel stets verfolgen.

Seraina Billeter, Präsidentin  
SVP-Sektion Bubikon Wolfhausen



Zum Abschluss der GV erzählte KR Daniel Wäfler Interessantes aus der Sicherheitspolitik und dass auch im Kantonsrat nicht immer alles einfach ist.

Bild: ZVG

SCHWERPUNKT SEKTIONSARBEIT

## Kadertagung in kreativer Atmosphäre

DR. Die diesjährige Kadertagung der SVP Kanton Zürich im Hotel Swiss Star in Wetzikon war ganz der Sektionsarbeit gewidmet. Nach einem gemütlichen Eintreffen bei Kaffee und Gipfeli, das nicht nur Raum für politische Diskussionen, sondern auch für Geselligkeit bot, eröffnete der kantonale Parteipräsident Domenik Ledergerber die Tagung offiziell. Er unterstrich, dass der Erfolg der Partei auf Sektionsebene entschieden werde. Er wolle deren Aktivitäten in den nächsten Jahren gezielt auszubauen.

### Ohne Planung geht es nicht

Als nächster Referent folgte alt Bundesrat Ueli Maurer, der seine politische Laufbahn ebenfalls einst als Sektionspräsident begann. Für einige Lacher sorgte er, als er erwähnte, dies sei sein schönstes politisches Amt gewesen, viel besser als Bundesrat! Man habe die Gelegenheit, mit ganz unterschiedlichen Persönlichkeiten zusammenzuarbeiten und sie auf ein gemeinsames Ziel zu lenken. Ueli Maurer betonte vor allem die Wichtigkeit der Vorbereitung in der Sektionsarbeit und schlug ein 4-Jahres-Programm vor. So passierte es auch nicht, dass man von Kommunalwahlen und

abtretenden Behördenmitgliedern überrascht werde.

### Die Herausforderungen gleichen sich

Anschliessend teilte man sich in zehn Gruppen auf, die fünf unterschiedlichen Themen der Sektionsarbeit gewidmet waren: Von der Kaderplanung über Schulungsangebote bis zur Mitgliedergewinnung. Die vollgeschriebenen Blätter und der hohe Lautstärkepegel lieferten ein eindrückliches Zeugnis davon ab, dass die Kader mit viel Einsatz dabei waren. In den durchgehend konstruktiven Diskussionen wurden zahlreiche neue Ideen und Vorschläge hervorgebracht. Immer wieder fiel in den Diskussionen auf, dass sich die Herausforderungen in den einzelnen Sektionen gleichen.

Zum Ende der Veranstaltung zog man ein durchwegs positives Fazit: Die Stimmung in der Partei ist von einem Geist der Kollegialität und der zielgerichteten Zusammenarbeit geprägt. Jetzt gilt es, die zahlreichen Vorschläge und Ideen zu sammeln und aus ihnen die richtigen Lehren zu ziehen. Bis Ende April werden die Teilnehmer darüber informiert.



Alt Bundesrat Ueli Maurer sprach sein Referat mit zahlreichen lustigen und lehrreichen Anekdoten.

Bild: Silvia Weidmann

Die Gerichtskommission der Vereinigten Bundesversammlung sucht für das Bundesgericht:

## ZWEI ORDENTLICHE RICHTERINNEN ODER RICHTER MIT HAUPTSPRACHE DEUTSCH

100 %, Lausanne

### Ihre Aufgaben:

Sie wirken an den Entscheiden des Bundesgerichtes, des obersten Gerichts der Schweiz, mit und tragen somit zur Entwicklung des Rechts und zu dessen Anpassung an veränderte Verhältnisse bei.

### Ihre Kompetenzen:

- Juristischer Hochschulabschluss (Master oder Doktorat), idealerweise Anwaltspatent
- Erfahrene/r Jurist/in mit fundierten Kenntnissen, namentlich im Strafrecht oder Zivilrecht;
- mehrjährige Berufserfahrung in der Justiz, vorzugsweise bei einem kantonalen oder eidgenössischen Gericht, in der Advokatur oder eventuell in der öffentlichen Verwaltung;
- effiziente und speditive Arbeitsweise sowie Entschlussfreudigkeit, vernetztes Denken und hohe Sozialkompetenz;
- Führungsqualitäten und Belastbarkeit;
- Hauptsprache Deutsch; gute aktive Kenntnisse einer zweiten Amtssprache und wenn möglich passive Kenntnisse der dritten Amtssprache

### Zusatzinformationen

Die Vereinigte Bundesversammlung wird die Wahl in der Sommersession 2024 vornehmen. Die Gerichtskommission misst einer ausgewogenen Vertretung der verschiedenen politischen Kräfte an den eidgenössischen Gerichten Bedeutung bei: Die SVP und in geringerem Masse die SP, die Mitte und die FDP sind unter den ordentlichen Richtern und Richterinnen am Bundesgericht momentan (und in Anbetracht der zu besetzenden Stellen) untervertreten.

**Bewerbungsfrist:** 3.4.2024

**Amtsantritt:** 1.1.2025

**Lohn:** gemäss Verordnung der Bundesversammlung über Besoldung und berufliche Vorsorge der Magistratspersonen vom 6. Oktober 1989 ([RS 172.121.1](#))

### Kontakt

Für nähere Auskünfte wenden Sie sich bitte an die Sekretärin der Gerichtskommission Anne Dieu ([anne.dieu@parl.admin.ch](mailto:anne.dieu@parl.admin.ch); Tel. 058 322 94 26).

Senden Sie uns auf elektronischem Wege Ihre Bewerbung mit Lebenslauf, Kopien von Diplomen und Arbeitszeugnissen, Angabe von Referenzpersonen (darunter mindestens zwei berufliche Referenzen) mit Telefonnummer, Liste der Publikationen, Straf- und Betreibungsregisterauszug sowie Passfoto.

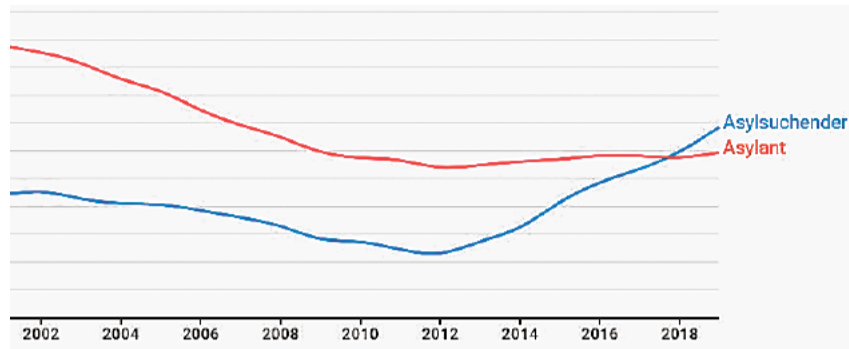
Nähere Informationen zum Bundesgericht finden Sie im Internet unter [www.bger.ch/index.htm](http://www.bger.ch/index.htm)



GLOSSAR DER LINKEN SPRACHE

## «Asylsuchende»

Das Wort Asylsuchende ist im Behördendeutsch gang und gäbe. Es ist sprachlich falsch und auch inhaltlich fragwürdig.



Der Begriff «Asylsuchende» hat an Popularität gewonnen. Bild: Ngram Viewer

RW. «Asylsuchende sind Personen, die in einem fremden Land um Asyl, also um Aufnahme und Schutz vor Verfolgung ersuchen und deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist.» So die Definition von UNHCR und Bundesamt für Migration. Der Terminus muss wenn schon «Asylersuchende» heissen. Suchen bis gefunden wäre wohl der falsche Inhalt dieses Wortes.

### Suchen anstatt ersuchen

Mit der Bezeichnung «Asylsuchende» soll offenbar ausgedrückt werden, dass diese Menschen in der Schweiz um Asyl nachgesucht haben, aber noch keine

Aufenthaltsbewilligung bekommen haben. Vor allem sind damit auch Wirtschaftsflichtlinge gemeint, denn sonst könnte man ganz einfach von «Flüchtlingen» sprechen.

Das Wort «Asylsuchende» tönt für manchen Linken viel positiver als «Asylbewerber». Den Bewerber kann man ablehnen, aber ein Asylsuchender ist arm und braucht eine Unterkunft – wie Maria und Josef auf der Durchreise. Ihn kann man nicht ablehnen.

### Wortklaubereien

Diese Wortklaubereien und Verbote von gewissen Wörtern sind lächerlich. Wieso

soll man nicht Asylbewerber, Asylant oder Flüchtling sagen können? Das ist keinesfalls eine Abwertung von Menschengruppen. Es ist eher gesunder Menschenverstand. Die Linke will Ereignisse und Situationen immer so interpretieren, dass sie zu ihrer Sichtweise passen. Sie schafft dafür auch neue sprachliche Begriffe mit dem Ziel, gesellschaftliches Denken in ihrem Sinne neu zu prägen. Genauso irritierend wie «Asylsuchende» ist übrigens die Bezeichnung «Geflüchtete».

### Stoppwörter vom Staat

Es ist einfach so, dass mit diesen das Geschlecht weglassenden Wörtern heute Politik gemacht wird. Linke Begriffe werden zu allgemeinen Begriffen erklärt. Alte Begriffe werden nicht mehr verwendet, weil man ja etwas Neues will. Heute wird mit offiziellen Sprachregelungen festgelegt, wie und wann und in welchem Zusammenhang einzelne Wörter und Erklärungen anzuwenden sind, welche Wörter und Erklärungen zu vermeiden sind. Macht das der Staat, so ist das Sprachpolizei. Machen das Privatunternehmen, ist es ihre unternehmerische Freiheit.

KANTONS RAT AUF ABWEGEN

## Noch mehr Geld für abgewiesene Asylbewerber?

Der Kanton Zürich darf für abgewiesene Asylbewerber keinesfalls noch attraktiver gemacht werden. Die Mehrheit des Kantonsrates sah das leider anders und beschloss im Februar, die Wartefrist bei Stipendien für abgewiesene Asylbewerber aufzuheben. Dagegen reichte die SVP das Referendum ein. Somit wird das Volk das letzte Wort dazu haben.



Tobias Infortuna  
Kantonsrat SVP  
Egg

Dass die Schweiz für Asylanten ein Schlafraffenland ist, weiss inzwischen die ganze Welt. Dass diese Grosszügigkeit sogar für Asylbewerber gilt, deren Gesuch abgelehnt wurde und die die Schweiz verlassen müssten, dürfte den meisten Leuten allerdings nicht bekannt sein. Doch so ist es. Fehlende Reisepapiere zum Beispiel, eine grosse Arbeitslosigkeit im Heimatland, eine Drohung mit Selbstmord oder ein fehlendes familiäres Umfeld im Herkunftsland genügen, um trotz Wegweisungsentscheid in der Schweiz bleiben zu dürfen. Teils befinden sich sogar Kriminelle unter den Abgewiesenen, die hierbleiben dürfen.

### Vorläufig heisst nicht für immer und ewig

Die Schweizer Behörden bezeichnen in diesen und ähnlichen Fällen eine Heim-

kehr als unzumutbar und gewähren eine vorläufige Aufnahme. Das Wort «vorläufig» ist bewusst gewählt. Denn sobald die Rückkehr ins Heimatland möglich ist, muss der Wegweisungsentscheid umgesetzt werden. Das passt den Parteien der Linken, Grünen und der Mitte natürlich nicht. Diese möchten am liebsten allen Asylbewerbern so schnell wie möglich eine Aufenthaltsgenehmigung erteilen, auch denjenigen

**«Die Gesetzesänderung des Kantonsrates ist schlussendlich also eine Umgehung der Ausreisepflicht.»**

mit negativem Entscheid. Aus diesem Grund beschloss die linke Mehrheit im Kantonsrat, die fünfjährige Wartefrist bei Stipendien für abgewiesene Asylbewerber aufzuheben. Denn es ist klar: Wer Stipendien erhält, um eine Ausbildung zu machen, wird zu einem Härtefall. In der Folge würde ein Wegweisungsentscheid zur Makulatur, und ein Stipendium wäre gleichbedeutend mit einem Bleiberecht.

### Kostspielige Sogwirkung

Genau das darf aber nicht passieren. Das Ziel einer vorläufigen Aufnahme ist die schnellstmögliche Rückkehr ins Heimatland und nicht die schnellstmögliche Integration. Die Gesetzesänderung des Kantonsrates ist schlussendlich also eine Umgehung der Ausreisepflicht.

Im Kanton Zürich leben ungefähr 8000 vorläufig Aufgenommene. In der ganzen Schweiz sind es gut 45000, Tendenz steigend. Die Gesetzesänderung würde zu einer Sogwirkung führen, sobald sich unter den Flüchtlingen herumspricht, dass im Kanton Zürich ab dem ersten Tag eine Ausbildung plus Lebenshaltungskosten offeriert werden. Ein Stipendium beinhaltet nämlich nicht nur die Schulkosten, sondern auch die Finanzierung des Lebensunterhalts.

### Abstimmung im Herbst

Soll der Kanton Zürich also noch attraktiver werden für Asylbewerber, die das Land verlassen müssten? Nein, keinesfalls.

Diese Gesetzesänderung muss deshalb unbedingt abgelehnt werden. Die Volksabstimmung wird voraussichtlich im Herbst stattfinden.



Abgelehnter Asylantrag, aber dennoch Anspruch auf Stipendien? Damit wird dem Asylmissbrauch Vorschub geleistet.

Bild: SVP Schweiz

ABGEKARTETES SPIEL

## Schweiz der EU unterordnen?



Christoph Blocher  
Alt Bundesrat SVP  
Herrliberg

Bundesrat Cassis erklärt: Das EU-Verhandlungsmandat ist verabschiedet. Doch man weiss: Der Vertrag zwischen Bern und Brüssel ist längst ausgehandelt. Die bundesrätlichen Einwände taugen nur noch für die Galerie und interessieren die EU höchstens nebenbei.

Der EU ist wichtig, dass sich die Schweiz verpflichtet, bisherige und künftige EU-Gesetze zu übernehmen, und die Schweiz anerkennt, dass der Europäische Gerichtshof endgültig entscheidet. Fremdes Recht und fremde Richter sollen über die Schweiz herrschen! Konkret heisst das: Nicht mehr die Bürger und die Kantone als Souverän werden das letzte Wort haben, sondern die EU.

Dazu vieles mehr: So soll die Schweiz jährlich Kohäsionszahlungen als «Eintrittspreis» in den Binnenmarkt zahlen. Dabei exportiert die EU für 20 Mil-

liarden Franken mehr in unser Land als wir umgekehrt in die EU.

Überhaupt spricht niemand von den Kosten des neuen Kolonialvertrags. Es geht um jährlich mehrere Milliarden. Das Leben wird teurer, noch mehr Ausländer und Ausweitung ihrer Rechte, höhere Strompreise, höhere Lebensmittel- und Gesundheitskosten sind die Folgen. Die Schweiz muss bezahlen, Wohlstand ade!

Unbestritten ist: Der Vertrag hätte enorme Auswirkungen auf die Masseneinwanderung. Als Beruhigungspille und aus Angst vor der SVP-Initiative gegen die 10-Millionen-Schweiz schreibt der Bundesrat, dass er von der EU Folgendes verlangen werde: «Die Schweiz ist bestrebt, die Mechanismen des Freizügigkeitsabkommens zur Bewältigung unerwarteter Auswirkungen zu konkretisieren.» Hält man die Bürger für so dumm, zu glauben, es würde damit etwas gegen die Missstände der Zuwanderung unternommen? Sollen die heutigen Missstände in diesem Land noch durch einen EU-Vertrag verschlimmert werden? Zu solchen Fehlentwicklungen kann das Volk an der Urne nur NEIN sagen. E gfreuti Wuche!



Muss die Schweizer Flagge schon bald eingeholt werden?

Bild: Adobe Stock Bild Generator

SVP Kanton Zürich  
Lagerstrasse 14  
8600 Dübendorf  
www.svp-zuerich.ch



**EINLADUNG**  
zur Delegiertenversammlung  
**vom Dienstag, 9. April 2024, 19.30 Uhr**  
Gemeindesaal Bonstetten, Am Rainli 4, 8906 Bonstetten

### Vorprogramm

Türöffnung und Verpflegung ab 18.30 Uhr, Vorprogramm ab 18.45 Uhr

- Geniessen Sie «Ghackets mit Hörnli und Öpfelmus», Nussgipfel und feine Kuchen
- Musikalischer Auftakt durch den Musikverein Bonstetten
- Begrüssung durch Kantonsrat Marc Bochsler

### Traktanden

- Begrüssung und Standortbestimmung** Parteipräsident
- Wahl der Stimmzähler** Parteipräsident
- Referendum gegen die Änderung im Bildungsgesetz:** Keine Wartefrist bei Stipendien für vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer KR Tobias Infortuna
- Eidgenössische Abstimmungsvorlagen vom 9. Juni 2024:** Parolenfassung:
  - a) Volksinitiative vom 23. Januar 2020 «Maximal 10% des Einkommens für die Krankenkassenprämien (**Prämien-Entlastungs-Initiative**)» NR Barbara Steinemann
  - b) Volksinitiative vom 10. März 2020 «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (**Kostenbremse-Initiative**)» NR Barbara Steinemann
  - c) Volksinitiative vom 16. Dezember 2021 «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» NR Mauro Tuena
  - d) Bundesgesetz vom 29. September 2023 über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes) «Mantelerlass» Kontradiktorisch: Pro: Referent noch offen / Kontra: KR Paul von Euw

### PAUSE mit Verpflegungsmöglichkeit

- Rahmenabkommen** NR Martin Hübscher
- Rechnung 2023 / Budget 2024** KR Patrick Walder
- Verschiedenes** Alle



## Fadegrad



von  
Ueli Bamert

## Ideologische Scheuklappen

Am 8. März war bekanntlich Weltfrauentag. Die SP-Fraktion nahm diesen Tag zum Anlass, im Kantonsrat ein flammendes Plädoyer gegen häusliche Gewalt zu halten. Im gewohnt pathetischen Tonfall referierte die SP-Sprecherin über Gewalt gegen Frauen und prangerte die Politik an, nicht genug dagegen zu unternehmen. Häusliche Gewalt ist tatsächlich ein Problem, das in allen gesellschaftlichen Schichten vorkommt und das niemanden kalt lassen darf. Ich habe die Ausführungen der SP daher zum Anlass genommen, mir die amtlichen Zahlen des Bundesamtes für Statistik zu häuslicher Gewalt einmal etwas genauer anzuschauen. In ihrer Rede sagte die SP-Sprecherin unter anderem: «Wir haben ein Problem mit Gewalt und Gewalt ist männlich.» Gemäss den Zahlen des Bundes hat sie damit zumindest teilweise recht: Rund drei Viertel der Beschuldigten in Fällen von häuslicher Gewalt sind Männer, nur rund 25 Prozent der Fälle gehen auf das Konto von Frauen. Viel relevanter ist hingegen ein Aspekt des Problems, den die Sprecherin der SP in ihrer Rede ganz bewusst ausgeblendet hat: Häusliche Gewalt ist vor allem ausländisch. Gemäss Bundesamt für Statistik sind rund 53 Prozent der Beschuldigten in Fällen von häuslicher Gewalt Ausländer. Wie viele der restlichen 47 Prozent eingebürgert sind, geht aus der Statistik nicht hervor – es dürfte aber allen klar sein, dass auch hier nicht nur Ur-schweizer betroffen sind. Diese Zahlen beweisen: Auch in punkto häuslicher Gewalt haben wir ein Ausländerproblem – und mit unserer verfehlten Zuwanderungspolitik verschärfen wir dieses Problem Jahr für Jahr noch zusätzlich. Die linken Parteien, allen voran die SP, wissen das. Nur haben sie ihre ideologischen Scheuklappen derart weit über die Augen gezogen, dass sie das Problem ganz bewusst ausblenden. Damit wir uns recht verstehen: Die überwiegende Mehrheit der Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz sind anständige und gesetzestreue Bürger. Mit ihrer ideologisch begründeten Weigerung, die wahren Ursachen und die wahren Urheber der Gewaltproblematik beim Namen zu nennen, schaden die linken Parteien aber gerade all diesen gut integrierten Ausländerinnen und Ausländern in unserem Land, die unter dem schlechten Image ihrer Landsleute zu leiden haben. In der vor Polemik nur so strotzenden Rede der SP-Sprecherin stach eine weitere Aussage ins Auge: «Wir fordern die harte Bekämpfung von Ursachen.» Gerne nehmen wir sie beim Wort. Wenn die SP endlich ihre migrationspolitisch rosarote Brille ausziehen und uns dabei unterstützen würde, kriminelle Ausländer konsequent auszuscheren und die masslose Zuwanderung zu begrenzen, wäre allen geholfen: den Schweizern und den Ausländern.

## AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

### 24-Stunden-Betrieb der VBZ in der Stadt Zürich

Mittelinks möchte einen 24x7-Tramservice, obwohl es schon heute an Personal fehlt und sich die Ausgegessenheiten der jungen Menschen ändern. Es drohen teure, quietschende Geistertrams.



Yves Peier  
Gemeinderat SVP  
Zürich

Die SP der Stadt Zürich hat Ende Januar 2024 ein Postulat eingereicht, welches den Stadtrat auffordert, zu prüfen, wie in der Stadt Zürich der öffentliche Verkehr auch unter der Woche nachts betrieben werden kann.

#### Nacht-ÖV für Schichtarbeitende und Nachteulen

In der Stadt Zürich wird der öffentliche Verkehr nachts nur am Wochenende betrieben. Aus Sicht der Linken bringt ein unter der Woche nachts betriebener ÖV bedeutende Vorteile mit sich. Schichtarbeitende könnten anstatt eines Autos den öffentlichen Verkehr

«Die wenigen Nachteulen unter der Woche können ... ihren Heimweg mit dem Taxi ... bestreiten.»

benutzen, welcher in der Nacht sicherer sei als ein Auto und mit dem Verzicht auf das Auto zusätzlich einen Beitrag zur Erreichung des Zieles von Netto-Null Emissionen leisten. Ausserdem würde der Nacht-ÖV zur Belebung der Stadt Zürich beitragen und die Bedürfnisse der Nachteulen wären auch gedeckt.

#### Clubsterben und immer weniger Junge im Nachtleben

Besteht ein Bedürfnis in der Bevölkerung, einen 24-Stunden-ÖV einzuführen? Nun, die Realität sieht anders aus. In Zürich sterben die Clubs. Laut einer

Statistik der Stadt Zürich gab es 2011 noch 50 Clubs in der Stadt, im Jahre 2020 waren es nur noch deren 31. Des Weiteren sind Nachtclubs bei Jugendlichen nicht mehr angesagt. Laut einer Umfrage von 20 Minuten bevorzugten 46% der Jungen lieber ein ruhiges Weekend oder feiern zu Hause mit Freunden. Die wenigen Nachteulen unter der Woche können wie bis anhin ihren Heimweg mit dem Taxi oder mit dem gesegneten

Velo bestreiten. Die Verhältnismässigkeit dieses Postulates lässt zu wünschen übrig.

#### Geistertrams und Personalmangel

Die VBZ bieten während 365 Tagen mindestens 20 Stunden am Tag eine qualitativ hochstehende Versorgung der Menschen der Stadt Zürich. Quietschende Geistertrams ohne Passagiere, welche durch die einsame ruhige Nacht der

Stadt fahren, machen keinen Sinn und sind für niemanden nachhaltig. Die VBZ hat schon jetzt zu wenige Fahrer und musste in der Vergangenheit einzelne Linien aufgrund Personalmangels temporär schliessen. Die SVP stimmte als einzige Fraktion im Rat gegen den Vorstoss der SP. Das Postulat wurde mit 97 gegen 13 Stimmen dem Stadtrat Michael Baumer (FDP) zur Prüfung übergeben. Das zuständige Departement hat schon eine Studie dazu in Auftrag gegeben, um die Bedürfnisse, die Kosten sowie den Nutzen zu klären.



An den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbeigeplant: Der Gemeinderat möchte Geistertrams in Zürich.

Bild: ZVG

## AUS DEM WINTERTHURER STADTPARLAMENT

### Die «freie Stromwahl» ist in der Parlamentsmühle

Die SVP hat vor den Sommerferien die Volksinitiative «Ja zur freien und günstigen Stromwahl» eingereicht. Zurzeit wird sie in der zuständigen Kommission des Stadtparlaments behandelt. Der Gegenseite fehlen die Argumente, aber die Menge an heisser Luft, die sie produzieren, ist beeindruckend.



Christian Hartmann  
Stadtparlamentarier und  
Fraktionspräsident SVP  
Winterthur

2019 hatte der Stadtrat aus Umwelt- und Klimaschutzgründen beschlossen, das günstigste Stromprodukt «e-Strom.Grau» aus ideologischen Gründen in der Grundversorgung abzuschaffen. Obwohl das Produkt bei den Kunden sehr beliebt war, verzichtete man darauf, nach ihrer Meinung zu fragen.

#### Winterthurer sollen wieder frei entscheiden dürfen

Die SVP hat letztes Jahr eine Volksinitiative lanciert und mit über 1200 Unterschriften eingereicht. Sie fordert, dass die Winterthurerinnen und Winterthurer frei wählen können, ob sie CO<sub>2</sub>-armen Kernstrom, Strom aus Wasserkraft oder aus Fotovoltaik kaufen möchten. Alles andere ist unliberal, unsozial und bevormundend.

«Die Energiewende kostet 40 Franken pro Haushalt und Jahr!» Das hat Bundesrätin Doris Leuthard im März 2017 bei der Abstimmung zum Energiegesetz dem Volk versprochen. Die SVP hatte damals bereits mehrere tausend Franken Zusatzkosten prognostiziert. Jetzt, knapp sechs Jahre später, bekommen wir einmal mehr die Rechnung präsentiert. Die Kosten für Strom

(Energie) in Winterthur haben sich seit 2018 fast verdreifacht. Das macht für einen durchschnittlichen Familienhaushalt mehrere hundert Franken zusätzlich im Jahr. Und die Energiewende ist noch weit weg.

#### Grüne Kernenergie

Nun hat das Europäische Parlament an seiner Sitzung vom Juli 2022 Kernkraft als nachhaltige, ökologische Energieform für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) taxiert. Das heisst, seit dem 1. Januar 2023 gelten diese Technologien in der EU rechtsverbind-

lich als «grün». Auch deshalb ist es nicht sinnvoll, diese günstigste Energieform in Winterthur auszuschliessen.

Selbst mit dem massiven Ausbau von erneuerbaren Energien werden weiterhin konventionelle Kraftwerke benötigt. Sinnvollerweise setzen wir hierbei auf Wasserkraft und Atomenergie und verzichten auf den Import von «dreckigem» Kohlestrom. Die kürzliche Vergangenheit hat gezeigt, dass bereits die Ankündigung einer drohenden Stromlücke exorbitante Preissteigerungen zur Folge hat. Mittelfristig führen solche Preissteigerungen und -schwankungen

in ein wirtschaftliches Desaster. Deshalb tun wir gut daran, jetzt auch ohne «Blackouts» die Weichen für die Zukunft neu zu stellen.

#### Linksgrüne Mehrheit nicht empfänglich für Argumente

Der Stadtrat hat die Initiative mit einer Ablehnungsempfehlung – was sonst? – ans Stadtparlament weitergereicht. Dort wird sie zurzeit in der Kommission «Umwelt und Betriebe» (UBK) behandelt. Das Initiativkomitee hat die Initiative in der UBK präsentiert. Aufgrund der politischen Kräfteverhältnisse ist davon auszugehen, dass sowohl die Kommission als auch das Stadtparlament die Initiative ablehnen werden. Dies nicht aufgrund von Argumenten, sondern weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Kernkraft zu verdammen ist schliesslich die Ursünde der grünen Partei. Weil Argumente fehlen, macht sich punktuell bereits Verzweiflung breit. So wurden dem Initiativkomitee bereits dafür, dass es die «freie Stromwahl» fordert, «unethische Argumente» vorgeworfen. Die SVP zweifelt nicht daran, dass es den Gegnern gelingen wird, das Diskussionsniveau noch weiter zu senken.

Es wird am Volk liegen, den linksgrünen Parteien und dem Stadtrat «die Knöpfe rein zu tun». Hohe Wohnungsmieten und Krankenkassenprämien sind des Teufels, hohe Strompreise aber nicht. Die linke Argumentation ist sehr selektiv. Gerade Familien sind heute auf jeden Franken angewiesen. Die SVP Winterthur wird dafür kämpfen, dieser liberalen und sozialen Initiative zum Durchbruch zu verhelfen.



Die hohen Stromkosten belasten die Haushalte.

Bild: ZVG



AUF DEM SCHIENENNETZ FÄHRT MAN FAST GRATIS

## Reingewinn der SBB unter die Lupe genommen

Die SBB war im vergangenen Jahr entsprechend der Meldungen sehr gut unterwegs und hat erstmals wieder seit 2019 einen Gewinn eingefahren. Blickt man aber in die Zahlen, so reicht der Erlös aus den Bahnfahrten und dem Güterverkehr nicht einmal, um die Löhne zu bezahlen.



Gewinn bei der SBB? Die Zahlen sprechen eine andere Sprache.

Foto: ZVG

RoMü. Die SBB präsentierte jüngst ihre umfassenden Geschäftszahlen für 2023. Dabei streicht sie heraus, dass bezüglich der täglichen Passagierzahlen die Werte von vor Corona erreicht worden sind. Zugleich weist sie einen Gewinn von 267 Mio. Franken aus, obwohl die Erträge aus dem Güter- und Personenverkehr nur gerade einmal 40 Prozent der Erträge bringen. Nimmt man aber die Rechnung genauer unter die Lupe, so zeigt sich, dass es ohne beachtliche Staatsbeiträge mit teils versteckten Positionen nicht geht. Dabei bräuchte die Bahn deutlich mehr Einnahmen, um die zukünftigen Ausbauten und den steigenden Unterhalt zu finanzieren.

### Billettepreise decken Kosten bei Weitem nicht

Wer mit der SBB unterwegs ist, gibt pro Fahrt gerade einmal 7,7 Franken aus. Dabei verursacht er mit seiner Fahrt mit 22,9 Franken fast das Dreifache an Kosten. Die Verkehrserträge teilen sich auf den Personenverkehr mit 3,7 Mia. Franken, 745 Mio. aus dem Güterverkehr und 102 Mio. aus dem Trassenenertrag auf. Dabei vermögen die gesamten Verkehrserträge im Umfang von 4,6 Mia. Franken nicht einmal den ausgewiesenen Personalaufwand von 4,69 Mia. Franken zu decken.

Zugleich erwirtschaftet die SBB als eine der grössten Immobilienbesitzer in der Schweiz fast 685 Mio. Franken an Nettomietserträgen. Weitere Nebenerträge im Umfang von 1,584 Mia. Franken fliessen in die Bahnkasse. Dabei fallen vor allem der Verkauf von Ener-

gie aus den eigenen Kraftwerken im Umfang von 463 Mio. Franken sowie die Kostenbeteiligungen von Dritten mit weiteren 405 Mio. Franken ins Gewicht. In diesem Ertragskonto sind beispielsweise die Rückversicherer-Leistungen für den Unfall im Gotthard-Basistunnel enthalten.

### Ohne öffentliche Hand geht es nicht

Es fliessen aber auch beachtliche Abgeltungen von der öffentlichen Hand. So leisten Bund und die Kantone 768 Mio. Franken Abgeltungen für den regionalen Personenverkehr. Weiter erbringt der Bund Leistungen für die Bahninfrastruktur aus den Leistungsvereinbarungen im weiteren Umfang von 2,4 Mia. Franken. Gesamthaft fliessen 3,127 Mia. Franken an öffentlichen Geldern. Bezüglich der Löhne ist die Bahn trotz ständigen Unkenrufen durchaus attraktiv. Bei insgesamt 34 987 Vollzeitstellen sind pro Stelle Personalkosten von 133 915 Franken ausgewiesen. Der Betriebsaufwand wird mit 2,919 Mia. Franken ausgewiesen. Allein die Fremddienstleistungen für Unterhalt, Reparaturen und Ersatz beanspruchen 597,5 Mio. Franken.

Für weitere Bahnbetriebsleistungen wurden 582,3 Mio. und für die bezogene Energie 545,4 Mio. Franken ausgegeben. Der Fahrzeugaufwand beläuft sich auf 224,4 Mio. und für die Werbung sind 48 Mio. Franken aufgewendet worden. Zugleich sind für 2,55 Mia. Franken Abschreibungen vorgenommen worden.

### SBB ist hochverschuldet

Es ist durchaus viel Augenreiben nötig, wenn man in die weiteren Details des Finanzberichtes der SBB eintaucht. So steht die SBB mit zinslosen Darlehen zur Finanzierung der Bahninfrastruktur im Umfang von 26,617 Mia. Franken (+ 833,3 Mio.) bei der öffentlichen Hand in der Schuld. Ein weiteres Darlehen im Umfang von 6,480 Mia. muss gegenüber dem Bund verzinst werden. Zugleich verweist die SBB auch auf die enormen Investitionen für das Bauvolumen. 2023 sind dafür 3,3 Mia. Franken ausgegeben worden. 800 Mio. Franken sind für Unterhalt, 1,4 Mia. Franken für die Erneuerung und 1,2 Mia. für den Ausbau ausgegeben worden.

### Die Frage der Kostenwahrheit

Immer wieder wird beim Verkehr über die Kostenwahrheit gesprochen. Dabei wird jeweils der private Individualverkehr (PIV) gegen den gesamten öffentlichen Verkehr bezüglich der direkten und indirekten Kosten ausgespielt. Beim Strassenverkehr wird politisch verlangt, dass dieser seine Kosten vollständig trägt. Dabei erfolgt eine enorme Umlagerung von Steuererträgen und Abgaben aus dem PIV in den öffentlichen Bereich.

So flossen 2022 aus dem Ertrag der Mineralölsteuer von 2,638 Mia. Franken 40 Prozent direkt in die allgemeine Bundeskasse. Dabei gilt es, zu beachten, dass ein beachtlicher Teil des öffentlichen Nahverkehrs auf der Strasse mit Bussen und Postautos abgewickelt wird. In diesem Bereich sind beispielsweise 2022 beachtliche 112 Mio. Franken aus den Treibstoffzollrückstellungen an die Transportunternehmen zurückgeflossen, obwohl diese Fahrzeuge das Strassennetz überdurchschnittlich belasten.

Auf den Fahrplanwechsel hin hat die SBB ihre Preise um durchschnittlich 3,7 Prozent erhöht. Dabei ging ein grosser Aufschrei durchs Land und sogar der Preisüberwacher hatte vorgängig interveniert.

Auf den im laufenden Jahr mutmasslichen Erlös aus dem Personenverkehr entspricht dies gerade einmal rund 140 Mio. Franken oder pro Fahrt knapp 29 Rappen. Blickt man als Zürcher zudem auf den ZVV, so sieht die Situation ebenfalls nicht besser aus. So deckte 2022 der Verkehrsertrag just 49,2 Prozent des Gesamtaufwandes. Auch hier kommt der Steuerzahler zum Zug, indem Gemeinden, Kanton und Bund 435,2 Mio. Franken übernehmen.

MEDIENMITTEILUNG DER SVP KANTON ZÜRICH:

## Jahresrechnung 2023: Wirtschaftlich stark, finanziell auf dünnem Eis

Angesichts sprudelnder Einnahmen ist die SVP über den leicht negativen Saldo und die Zunahme der Schulden besorgt. Das Ausgabenwachstum muss überprüft werden.

Die SVP Kanton Zürich anerkennt die Leistung von Finanzdirektor Ernst Stocker, der mit seiner umsichtigen Führung den Kanton Zürich durch ein herausforderndes wirtschaftliches Umfeld gesteuert hat. Trotz Wirtschaftswachstum und einer rekordtiefen Arbeitslosigkeit weist die Jahresrechnung 2023 aber lediglich eine «rote Null» aus.

### Wachstum bei Aufwand und Schulden

Obwohl wir einen Anstieg der Steuererträge (plus 636 Millionen Franken) und der Gewinnausschüttungen verzeichnen, resultiert ein Aufwandsüberschuss von 2 Millionen Franken, im Vergleich zu einem um 351 Millionen Franken verbesserten Budget. Dies stellt uns nicht zufrieden und verdeutlicht, dass die Ausgaben die Einnahmen fast aufwiegen. Die Realität ist, dass einige Leistungsgruppen mit erheblichen Mehrausgaben zu Buche schlagen. Diese Gruppen zeigen ein Aufwandswachstum, das nicht länger ignoriert werden darf.

Besonders alarmierend ist die Entwicklung der Nettoschulden, die nach sieben Jahren finanzieller Stabilität einen Anstieg um 358 Millionen Fran-

ken verzeichnen. Der Selbstfinanzierungsgrad ist auf 65 % gesunken und die Kapazität des Kantons, Investitionen aus eigener Kraft zu finanzieren, hat damit besorgniserregend abgenommen.

### Dringender Handlungsbedarf

Das Parlament steht vor der Herausforderung, die Ausgaben zu kontrollieren und zukünftige Schuldenlasten zu vermeiden, die kommende Generationen belasten. Es ist essenziell, dass wir die finanzielle Gesundheit des Kantons erhalten, indem wir unnötige Ausgaben kürzen, keine weiteren Verschiebungen zu den Gemeinden machen und die finanzielle Disziplin weiterhin hochhalten. Die Ausgabenstruktur des Kantons muss deshalb überprüft werden. Insbesondere die Leistungsgruppen mit dem stärksten Wachstum innerhalb der letzten fünf Jahre müssen einer kritischen Betrachtung unterzogen werden.

Wir rufen den Finanzdirektor und alle politischen Kräfte dazu auf, sich gemeinsam mit uns für die finanzielle Zukunftsfähigkeit unseres Kantons stark zu machen.



Der Staat wächst und wächst: Auch 2023 hat der Personalbestand des Kantons deutlich zugenommen. Bild: Tim Reckmann/Flickr.com

ACKERFLÄCHEN UND BEVÖLKERUNGSWACHSTUM

## Fruchtfolgefleichen werden neu berechnet

Der Zürcher SVP-Nationalrat Martin Hübscher nutzte die nationalrätliche Fragestunde, um sich zu erkundigen, wie gross der Mindestumfang an Fruchtfolgefleichen bei der aktuellen Wohnbevölkerung sein muss.

RW. Fruchtfolgefleichen (FFF) sind die wertvollsten Landwirtschaftsflächen der Schweiz. Mit dem Sachplan FFF werden die besten Ackerflächen geschützt. Im vom Bundesrat 2020 genehmigten Sachplan Fruchtfolgefleichen wurde ein Mindestumfang von 438 460 Hektaren Fruchtfolgefleichen ausgewiesen und auf die einzelnen Kantone aufgeteilt.

### Ernährungssicherheit nicht mehr gewährleistet?

Gemäss einem aktuellen Bericht des Bundes habe die Schweiz damit genügend Kulturland, um die Schweizer Bevölkerung zu ernähren.

Das Problem: Die Bevölkerungszahlen stammen aus dem Jahr 2014. Mit aktuellen Bevölkerungszahlen gerechnet (9 Mio. Einwohner) stehen pro Per-

son nur noch 2180 kcal/Tag zur Verfügung. Die Schweizer Bevölkerung konsumiert aber durchschnittlich 3500 kcal/Tag. Unter 2100 kcal/Tag spricht man von Hunger.

### Bevölkerungsbasis anpassen

Der Zürcher SVP-Nationalrat Martin Hübscher wies in der Fragestunde auf die veralteten Bevölkerungszahlen im Bericht hin. Bundesrat Albert Rösti betonte in seiner Antwort, dass der Mindestumfang der Fruchtfolgefleichen tatsächlich auf einer Bevölkerungsbasis von 8,14 Millionen Einwohnern berechnet wurde.

Wie Bundesrat Rösti weiter erwähnte, müsse der Plan bei mehr als 9 Millionen Menschen wieder angepasst werden. Doch der Erhalt des Mindestumfangs sei keine Selbstverständlichkeit.

Die Sicherstellung des Mindestumfangs an Fruchtfolgefleichen sei in Anbetracht der stark steigenden Bevölkerungszahl und des damit zusammenhängenden Bedarfs an Boden auch in Zukunft eine Herausforderung.

«Das Problem: Die Bevölkerungszahlen stammen aus dem Jahr 2014.»

Man zeige sich jedoch optimistisch: «Der Bundesrat geht davon aus, dass die Ernährungssicherung dank der Produktionsfortschritte, die in den letzten Jahren erreicht wurden, gewährleistet bleibt.» Man kann nur hoffen, dass der Bund beim nächsten Mal besser rechnet.



Die Bevölkerungsexplosion gefährdet die Ernährungssicherheit der Schweiz. Bild: iStockPhoto



**SVP DIGITAL**

**Teleblocher**  
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

**In den Sümpfen von Bern**  
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

**Weltwoche daily**  
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

**SVP des Kantons Zürich**  
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

**Wortwächsel**  
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

**Bezirk Uster/Uster**  
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-us-ter.ch.

**Stadt Winterthur**  
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

**Stadt Winterthur/Wülflingen**  
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

**Stadt Zürich/Kreis 6**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

**Stadt Zürich/Kreis 12**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich.

**Junge SVP Kanton Zürich**  
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

**SVP-VERANSTALTUNGEN**

**Bezirk Bülach/Wil**  
Sonntag, 19. Mai 2024, 09.30 – 11.30 Uhr, Frühschoppen, Feuerwehrlokal, Dorfstrasse 35, Wil.

**Bezirk Dielsdorf**  
Mittwoch, 17. April 2024, 20.00 Uhr, Bezirksdelegiertenversammlung, Restaurant Löwen, Grafenschaftstrasse 2, Niederglatt.

**Bezirk Dielsdorf/Neerach**  
Freitag, 5. Juli 2024, bis Sonntag, 7. Juli 2024, SVP-Stand am Neeri-Fäscht, Dorfkern, Neerach.

**Bezirk Dielsdorf/Rümlang**  
Freitag, 26. April 2024, bis Sonntag, 28. April 2024, SVP-Stand an der Gewerbeschau Rümlang, Sportzentrum Heuel, Rümlang.

**IMPRESSUM**

**Zürcher Bauer** ISSN 1660-6701  
**Der Zürcher Bote** ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

**Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,6% MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/insertate. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch. **Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Dr. Daniel Rickenbacher, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

**Interne Autoren:** DR – Daniel Rickenbacher; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

**Bezirk Hinwil/Rüti**  
Mittwoch, 10. April 2024, 19.00 Uhr, Infoanlass zum Thema «Windräder auf dem Batzberg», Restaurant Löwen, Dorfstrasse 22, Rüti.

**Bezirk Horgen**  
Donnerstag, 4. April 2024, 19.00 Uhr, Bezirkshöck, Restaurant Frohe Aussicht, In der Weid 8, Oberrieden.

**Bezirk Uster/Mönchaltorf**  
Freitag, 5. April 2024, 19.30 Uhr, Generalversammlung, Mönchhof, Mönchaltorf. Anschliessend Imbiss. Anmeldung unter charles@vogt-ec.ch.

**Stadt Zürich/Kreis 11**  
Freitag, 24. Mai 2024, 19.00 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Vesuvio, Glattalstrasse 40, Zürich-Seebach.

Freitag, 31. Mai 2024, 18.00 Uhr, Polit-Apéro, Wirtschaft Unterdorf, Katzenseestrasse 15, Zürich-Affoltern, mit Nationalrat Thomas Aeschi.

**Stadt Zürich/Kreis 12**  
Samstag, 11. Mai 2024, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Samstag, 18. Mai 2024, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

**Junge SVP Kanton Zürich**  
Samstag, 13. April 2024, 18.00 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Hecht, Bahnhofstrasse 26, Dübendorf.

**WEITERE VERANSTALTUNGEN**

Montag, 25. März 2024, 20.30 Uhr, Referat «Ein Jahr Bundesrat», Landgasthaus zum Löwen, Zentralstrasse 7, Boswil AG, mit Bundesrat Albert Rösti.

Dienstag, 9. April 2024, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Gemeindefaal, Am Rainli 4, Bonstetten.

Samstag, 28. September 2024, bis Sonntag, 29. September 2024, SVP-Schiessen 2024, Vorschüssen am Freitag, 20. September 2024, Schiessanlage Wissenbach, Mettmenstetten. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.schuetzenverein-mettmenstetten.ch.

**SVP-STAMM**

**Bezirk Bülach/Bachenbülach**  
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

**Bezirk Bülach/Embrach**  
Jeden letzten Sonntag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

**Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant La Torre, Dielsdorf.

**Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf**  
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

**Bezirk Horgen/Adliswil**  
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

**Bezirk Horgen/Thalwil**  
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

**Bezirk Meilen/Stäfa**  
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

**Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon**  
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

**DEMOKRATIE VERTEIDIGEN**

**Epidemiengesetz: So nicht!**

Ein Gesetz, das Tür und Tor für Missbrauch öffnet. Genauso muss man die Vernehmlassungsvorlage des Bundesrats beschreiben. Deshalb lehnt die SVP die Vorlage kategorisch ab. Es braucht zunächst eine gründliche und kritische Aufarbeitung der völlig übertriebenen und unwürdigen Corona-Massnahmen. Es braucht auch eine klare Absage an das Diktat der Weltgesundheitsorganisation.



**Rémy Wyssmann**  
Nationalrat SVP  
Kriegstetten SO

Vom Anfang an: Es ist grundsätzlich richtig, das Epidemiengesetz zu revidieren. Gerade die Corona-Zeit hat die Schwächen im Abwehrdispositiv der Schweiz aufgedeckt. Es ist wichtig, dass der Gesundheitssektor und die Behörden über Prozesse und Mittel verfügen, um schnell, koordiniert und wirkungsvoll zu reagieren.

**Auch in der Krise gelten die Grundrechte**

Doch der Schutz der Rechte der Bürgerinnen und Bürger ist genauso wichtig. Gerade in Krisenzeiten müssen ihre Rechte gelten. Zum Beispiel dürfen Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit nie ausgeschaltet werden, wie das während Corona der Fall war. Auch die Wirtschaftsfreiheit muss garantiert bleiben. Denn gerade in Krisenzeiten müssen Menschen ihr Leben aufrechterhalten können. Genau diese Aspekte lässt die Vorlage zum Epidemiengesetz aussen vor. Weil diese Rechte nicht geschützt werden, öffnet das Gesetz Tür und Tor für Missbrauch.

Denn die parlamentarische Kontrolle, ein Bollwerk gegen Behördenwillkür, fehlt auch im Entwurf. Je angespannter die Lage, desto mehr demokratische Kontrolle braucht die Regierung. In besonderen und ausserordentlichen Lagen ist das Parlament be-

rufen, seine Aufgabe wahrzunehmen. Es muss die Oberhoheit in der Hand haben. Namentlich muss es Massnahmen, die zu weit gehen, abstellen können.

**Expertokratie statt Demokratie**

Was gar nicht geht, ist die Herrschaft sogenannter Experten. Ob es sich dabei um ein Grüppchen von Professoren handelt oder um eine internationale Organisation wie die Weltgesundheitsorganisation: Beides geht nicht. Das Management einer Krise muss in der Hand demokratisch gewählter Personen bleiben. In der Schweiz sind dies Parlament als oberste gesetzgebende und aufsichtsführende Behörde und Bundesrat als ausführende Behörde. Allein sie können demokratisch legiti-

mierte Verantwortung gegenüber dem Souverän tragen. In ihrer Vernehmlassungsantwort zum Epidemiengesetz setzt sich die SVP ein für die Balance zwischen Gesundheitspolitik, gesellschaftlichem Zusammenleben und wirtschaftlichen Interessen. Gegen Lockdown, gegen die Impfpflicht, gegen die Diskriminierung der Nicht-Geimpften und anderer Personen. Gerade in schwierigen oder Krisenzeiten ist die Einhaltung des Rechtsstaates absolut notwendig. Diese Forderungen sind im Entwurf des Bundesrates nicht berücksichtigt. Deswegen lehnt ihn die SVP ab. Das heisst: zurück an den Absender mit dem Auftrag, eine Vorlage zu erarbeiten, welche die Rechte der Menschen und die Schweizer Demokratie respektiert.



Die Demokratie darf nicht der Epidemien-Bekämpfung geopfert werden.

Bild: Wikipedia

**Einreichung der Nachhaltigkeits-Initiative steht bevor**

Seit der Lancierung der Nachhaltigkeits-Initiative im letzten Sommer konnten wir über 100000 gültige Unterschriften sammeln. Wir sehen uns darin bestätigt, dass die Schweizer Bürger die unkontrollierte Bevölkerungsexplosion nicht mehr länger hinnehmen möchten. Am 3. April ist es nun soweit: Wir reichen die Nachhaltigkeits-Initiative bei der Bundeskanz-

lei ein. Alle sind herzlich eingeladen, in Bern ein starkes Zeichen für eine Schweiz mit Zukunft zu setzen.

Anmelden kann man sich unter folgendem Link:



**Militärspiel Uster**  
Unterhaltung, 23. März 2024

Stadthofsaal Uster  
18:30 Uhr Türöffnung / Festwirtschaft  
20:00 Uhr Konzert Militärspiel Uster

- ✓ Tambourenverein / Compagnie 1861
- ✓ feines Kuchenbuffet grosse Tombola

Reservation [www.militaerspiel-uster.ch](http://www.militaerspiel-uster.ch)

